GENDER OPEN REPOSITORIUM

Kompatibilität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik

Trappe, Heike

2009

https://doi.org/10.25595/72

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Trappe, Heike: *Kompatibilität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik*, in: Gender : Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Jg. 1 (2009) Nr: 1, 9-27. DOI: https://doi.org/10.25595/72.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY ND 4.0 Lizenz (Namensnennung - Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/legalcode.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY ND 4.0 License (Attribution - NoDerivates). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/legalcode.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Aufsatz

Heike Trappe

Kompatibilität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik

Zusammenfassung

Zurzeit befinden sich Familien- und Gleichstellungspolitik in Deutschland häufig in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, obwohl und gerade weil es große Überschneidungsbereiche zwischen ihnen gibt, z.B. in Bezug auf die Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit. Dadurch werden Ungleichheitsbeziehungen zwischen Männern und Frauen weiter verstetigt, wie der Beitrag anhand der Dimensionen Geschlecht, Elternschaft und Bildung zeigt. Dabei stellt sich heraus, dass eine deutlich engere Verzahnung von Familien- und Gleichstellungspolitik zu einer gerechteren Arbeitsteilung einerseits und zum Abbau von Polarisierungstendenzen bei der Familienbildung andererseits führen kann.

Schlüsselwörter
Familienpolitik, Gleichstellungspolitik, Erwerbsarbeit, Elternschaft, Geschlechterbeziehungen, Bildung

Summary

Compatibility or Competition? On the Relationship of Family Policy and Gender Equality Policy

Currently family policy and gender equality policy often compete with each other in Germany, although and because there are huge areas of interference between them, e.g. concerning the connection between family and employment. That intensifies relations of inequality between men and women as the paper shows with the dimensions gender, parenthood, and education. In doing so it emerges that a tighter interlocking of family policy and gender equality policy can generate a more just division of labor on the one hand and reduce tendencies of polarization at starting a family on the other hand.

Keywords
Family policy, gender equality policy, employment, parenthood, gender relations, education

„In der politischen Öffentlichkeit hat die Aufmerksamkeit für Familienpolitik in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Spätestens seit der Bundestagswahl im Jahre 2002 ist eine neue Fokussierung auf die ‚Familienfrage' feststellbar. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht relativ weit oben auf der politischen Agenda – als Thema nicht nur für Frauen (…). Auch die Frage nach den Kindern stellt sich deutlicher als zuvor – auch als bevölkerungspolitische Frage." (Baer/Lepperhoff 2007: 7)

Dieses knappe Zitat verdeutlicht recht gut die große Relevanz, welche der Familienpolitik seit einigen Jahren in Deutschland beigemessen wird. Die sozialen Herausforderungen einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft, deren Konturen allmählich stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, haben daran einen entscheidenden Anteil. Selbst in hochkarätigen (natur-)wissenschaftlichen Zeitschriften wird mittlerweile darüber diskutiert, welche Ursachen der vergleichsweise niedrigen Geburtenneigung in Deutschland und anderen entwickelten Gesellschaften zugrunde liegen.[1] Neben den mehrheitlich als

1 So wurde in einer Ausgabe des Wissenschaftsmagazins Science in einem Beitrag, der mit einem Foto der derzeitigen deutschen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula

negativ wahrgenommenen Folgen einer zunehmend kinderlosen, alternden und kleiner werdenden Gesellschaft[2] gibt es weitere Gründe für die Dringlichkeit, die der Familienpolitik gegenwärtig zugesprochen wird. So muss Familienpolitik an veränderte Familien- und Lebensverhältnisse angepasst werden, um auf sich wandelnde Lebensentwürfe und Geschlechtsrollenvorstellungen Bezug zu nehmen. Der Wandel privater Lebensformen und der Wandel der Geschlechterverhältnisse sind eng aufeinander bezogene Prozesse gesellschaftlicher Veränderungen (Baer/Lepperhoff 2007). Aktuelle Veränderungen der Familienpolitik können somit auch als eine nachholende Modernisierung gedeutet werden (Bertram 2007), mit denen auf eine größere Vielfalt privater Lebensformen und Gleichstellungsforderungen reagiert wird.

Zugleich wird der Bedeutungsgewinn der Familienpolitik auch als Bedeutungsverlust klassischer Gleichstellungspolitik interpretiert. Mit der Fokussierung auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird zwar ein altes gleichstellungspolitisches Thema aufgegriffen, eine umfassende Gleichstellungspolitik kann sich darin jedoch nicht erschöpfen (Klenner 2007). Es ist von einem „Paradigmenwechsel von der Frauen- zur Familienpolitik“ (Kahlert 2006: 18) die Rede, mit dem letztlich ein reduktionistisches Verständnis der Gleichstellung der Geschlechter verbunden sei.

Vor diesem Hintergrund thematisiert der vorliegende Beitrag zunächst auf konzeptioneller Ebene das Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik. Im Anschluss daran werden die familienpolitischen Rahmenbedingungen zur Gestaltung von Geschlechterbeziehungen, am Beispiel der Bedingungen zur Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit, umrissen. Es folgt in konzentrierter Form eine Bestandsaufnahme und Synthese der empirischen Forschungsliteratur zum Ausmaß der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in vier Dimensionen und zur Verwirklichung von Kinderwünschen. Zentral für die Analyse der Wirkungen von Familien- und Gleichstellungspolitik ist eine sozialstrukturell differenzierte Betrachtung dieser Ungleichheitsdimensionen entlang der Merkmale Geschlecht, Elternschaft und insbesondere Bildung. Die besondere Berücksichtigung dieser sozialstrukturellen Binnendifferenzierungen beruht auf der Annahme, dass gleiche ökonomische und sozialpolitische Rahmenbedingungen für unterschiedliche soziale Gruppen je nach Lebenssituation und verfügbaren Ressourcen ganz unterschiedliche Optionen der persönlichen Lebensgestaltung beinhalten. Abschließend wird aus der Zusammenschau der empirischen Befunde die These entwickelt, dass eine deutlich engere Verschränkung von Familien- und Gleichstellungspolitik eine wesentliche Voraussetzung einer gerechteren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auf verschiedenen Ebenen der sozialen Hierarchie einerseits und eines Abbaus der Polarisierungstendenzen in der Familienbildung andererseits darstellt.

von der Leyen, und ihren sieben Kinder eröffnet wurde, über die Wirkungen pronatalistischer Elemente in der Familienpolitik diskutiert. Hier wurde insgesamt ein eher skeptischer Ausblick auf die Enge des Zusammenhangs zwischen einer derartigen Familienpolitik und der Geburtenneigung gegeben (Balter 2006).

2 Eine bemerkenswerte Ausnahme in der Bewertung der Folgen des Geburtenrückgangs stellt deren überwiegend positive Einschätzung in der postum erschienenen Veröffentlichung von Karl Otto Hondrich (2007) dar.

1 Familien- und Gleichstellungspolitik: Zum Verhältnis beider Politikfelder

In der Familien- und Gleichstellungspolitik werden durchaus unterschiedliche Ziele verfolgt; dabei berühren sich ihre Gegenstandsbereiche in wesentlichen Aspekten. In dem hier präferierten weit gefassten Verständnis von Familienpolitik besteht deren vorrangiges Ziel darin, die Chancen zu sozialer Teilhabe und individueller Wohlfahrt aller Familienmitglieder zu sichern. Erreicht werden soll dies durch die Stärkung familialer sozialer Beziehungen und die Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür, dass Familien ihre vielfältigen Leistungen erbringen können (Huinink 2003). Letzteres beinhaltet auch den Aspekt der materiellen Umverteilung innerhalb der Gesellschaft im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Da die Leistungen von Familien neben der biologischen Reproduktion beispielsweise auch die Sozialisation und soziale Platzierung der nachwachsenden Generation sowie die Gestaltung von Generationenbeziehungen insgesamt umfassen, gründet sich Familienpolitik auf eine Vielzahl von Motiven. So ist Familienpolitik immer auch Geschlechterpolitik, wenn auch nicht zwangsläufig Gleichstellungspolitik, in dem Sinne, dass sie Geschlechterbeziehungen auf der individuellen bzw. Paarebene und Geschlechterverhältnisse auf der gesellschaftlichen Ebene beeinflusst (Ostner 2006).[3]

Gleichstellungspolitik ist jedoch nicht in jedem Fall auch Familienpolitik. Ihr Ziel ist die soziale Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen und schließt damit sowohl die persönliche als auch die öffentliche Sphäre ein. Sie richtet sich auf die Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe auch jenseits familienzentrierter Orientierungen, auf den Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierungen und die Herstellung realer Chancengleichheit sowie auf die Verbesserung der Möglichkeiten einer eigenständigen Existenzsicherung für beide Geschlechter. Diese Ziele werden mit verschiedenen und im Verlauf der Zeit unterschiedlich akzentuierten Mitteln angestrebt, die von kompensatorischer Frauenförderpolitik bis zum umfassenden Konzept des Gender Mainstreaming reichen. Gleichstellungspolitik ist ihrem Selbstverständnis nach eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche betrifft. Jedoch erweist sich die politische Durchsetzbarkeit des Gleichstellungsanspruchs im privaten Lebensbereich als noch schwieriger als in den verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit.[4]

Eine der Schnittmengen beider Politikfelder besteht in der konkreten Ausgestaltung der Bedingungen zur Verbindung von Familie und anderen Lebensbereichen, insbesondere der Erwerbstätigkeit, im Kontext der jeweiligen Geschlechterbeziehungen und -verhältnisse. Hier kann Familienpolitik gleichstellungsrelevante Wirkungen erreichen, indem sie auf der individuellen Ebene die innerfamiliale geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und auf der gesellschaftlichen Ebene die Teilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit beeinflusst und damit jeweils auch spezifische Leitbilder unterstützt. Gleichstellungspolitik kann indessen darauf hinwirken, dass die traditionel-

3 Darüber hinaus weist Familienpolitik enge Bezüge zur Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik allgemein auf.

4 Ausdruck dessen ist die lang anhaltende rechtspolitische Diskussion über das Konfliktfeld Familie, in der die Vor- und Nachteile einer zunehmenden Verrechtlichung gegeneinander abgewogen werden (vgl. genauer Berghahn 1996).

le geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht als alleinige Ursache der Ungleichheit der Geschlechter wahrgenommen wird. Die Vielzahl weiterer Faktoren, welche die Chancen eines selbstbestimmten Lebens für beide Geschlechter ermöglichen, stehen ebenfalls im Zentrum einer aktiven Gleichstellungspolitik. Demnach hat eine solche Politik Auswirkungen auf Frauen und Männer in verschiedenen Lebensformen, indem der Gleichstellungsgrundsatz auf beide Geschlechter innerhalb und zwischen verschiedenen Lebensformen und in verschiedenen Lebensbereichen, wie Erwerbsarbeit *und* Familie, bezogen wird.

Trotz der gemeinsamen Schnittmenge im Bereich der Vereinbarkeitspolitik wird die Beziehung beider Politikfelder häufig als sehr spannungsreich reflektiert. Je nach Weltanschauung und disziplinärem Hintergrund wird aus ganz unterschiedlichen Gründen eine Unvereinbarkeit von Familien- und Gleichstellungspolitik suggeriert. Exemplarisch dafür seien zwei Auffassungen genannt, die unterschiedliche Pole des gleichstellungspolitischen Spektrums repräsentieren. Den deutschen Demographen Karl Schwarz treibt die Sorge um, dass Familienpolitik, insbesondere ihre bevölkerungspolitische Komponente, durch Gleichstellungspolitik gefährdet wird:

„Als Rezept wird nunmehr auch für Deutschland empfohlen, Kindererziehung weitgehend Institutionen zu überlassen, die das mit ausgebildeten Kräften ja viel besser können sollen als die Mütter derjenigen, die heute als Erwachsene darüber entscheiden. Damit ist Bevölkerungs- und Familienpolitik unversehens und wohl auch gewollt – Frauenpolitik geworden, die sich vor allem diejenigen leisten können, die als gut Verdienende die Kindererziehung an Haushaltshilfen und Kindermädchen abgeben. Dass es daneben Frauen gibt, die wenig verdienen oder keinen Arbeitsplatz finden und für verlängertes Erziehungsgeld auch bereit wären, ihre Kinder in der Familie großzuziehen, wird dabei leicht vergessen. Leicht vergessen wird oft auch, dass institutionelle Kindererziehung sehr teuer ist und es unter den Ländern, die als Vorbild dienen, so gut wie keines mehr mit Kinderzahlen über dem Reproduktionsminimum gibt." (Schwarz 2007: 35)

Ganz anders motiviert befürchten die österreichischen feministischen Politikwissenschaftlerinnen um Eva Kreisky, dass die Gleichstellungspolitik in der Familienpolitik aufgeht:

„(…) Rückkehr traditioneller Familienpolitik beinhaltet auch eine – mehr oder weniger – offene Absage an die Frauen- und Gleichstellungspolitik vergangener Jahrzehnte. Jenseits eines Minimalstandards scheinen Frauenpolitik und Familienpolitik wie kommunizierende Gefäße zu funktionieren, entweder findet sich das eine oder das andere verstärkt auf der politischen Agenda. Es lässt sich ein beträchtliches Maß an Inkompatibilität beider Politikausrichtungen annehmen." (Kreisky et al. 2003: 371)

Der Realitätsgehalt dieser Befürchtungen kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Vielmehr soll der Spannungsbogen des politischen Spektrums veranschaulicht werden, innerhalb dessen das Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik interpretiert wird.

2 Familienpolitische Rahmenbedingungen zur Gestaltung von Geschlechterbeziehungen

Die Rahmenbedingungen zur Verknüpfung von Familien- und Erwerbsarbeit begünstigen *in ihrer Gesamtheit* ein modernisiertes Ernährermodell, d.h. eine Konstellation, in

der zumeist der Mann einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgeht, während seine Partnerin in deutlich geringerem Maße erwerbstätig ist. Helga Krüger (2003; 2006a) hat in ihren Arbeiten wiederholt darauf hingewiesen, dass Deutschland, insbesondere Westdeutschland, hinsichtlich der Verknüpfung von Familien- und Erwerbsarbeit über ein Lebenslaufregime mit erstaunlich starker institutioneller Rahmung verfügt, welches sich noch immer weitgehend auf ein traditionelles Familienmodell, im Sinne eines modernisierten Ernährermodells, gründet. Damit verbunden ist auch ein hart gerahmtes Geschlechterregime, das den männlichen und weiblichen Lebenslauf geschlechtsspezifisch strukturiert (Krüger 2006a).

Als wesentliche Eckpfeiler dieses Lebenslaufregimes werden die Geschlechtersegmentierung von Berufsstrukturen und Karrierewegen, eine Lohngestaltung, welche frauen- und männerdominierte Tätigkeiten tendenziell ungleich bewertet, die Inflexibilität täglicher Arbeitszeiten und das Subsidiaritätsprinzip, welches die vorrangige Verantwortung der Familie für die Wohlfahrtsproduktion ihrer Mitglieder vorsieht, benannt (Krüger 2003). Damit geht die sozialpolitische Zementierung einer traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung innerhalb von Ehen durch Transferleistungen und Steuersubventionen in Gestalt der kostenlosen Mitversicherung nicht erwerbstätiger Haushaltsmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung, der Hinterbliebenenversorgung in der Rentenversicherung und des Ehegattensplittings einher. Aus diesem Verständnis heraus ist Geschlechterungleichheit in den verschiedenen den individuellen Lebenslauf prägenden Institutionen noch immer vorgesehen, entfaltet sich aber insbesondere an wesentlichen Schnittstellen im Lebenslauf (wie dem Erwerbseinstieg oder der Gründung einer Familie), an denen unterschiedliche Institutionenlogiken individuell oder partnerschaftlich aufeinander abgestimmt werden müssen (Krüger 2003).

Historisch ermöglicht wurde das westdeutsche Modell durch die Erwerbs- und Bildungsdifferenz zwischen den Geschlechtern sowie durch die weite Verbreitung Familien ernährender Arbeitsplätze mit entsprechenden Einkommen. Vielfach wird konstatiert, dass diese externen Stützpfeiler tradierter Familienrollen zunehmend der Vergangenheit angehören (Bertram 2007; Krüger 2006b). Dennoch wurde in Deutschland erstaunlich lange, auch über den Prozess der Wiedervereinigung hinaus, ein Modell der Familienführung institutionell gestützt, dass sich auf asymmetrische Geschlechterbeziehungen gründet (Trzcinski 2000).[5] Daher wird geschlussfolgert, dass eine Neuorientierung der Familienpolitik, welche die Chancengleichheit der Geschlechter in allen Lebensbereichen ernst nimmt, längst überfällig ist. Von den Autorinnen und Autoren des Siebten Familienberichts wird ein wesentlicher Aspekt einer zukunftsweisenden Familienpolitik darin gesehen, dass „Familien- und Erwerbsarbeit nicht über eine *Geschlechter*-, sondern über eine *zeitperspektivische Lösung* miteinander verbunden werden" (Krüger 2006b: 200 – Hervorhebungen im Original). Dies beinhaltet vor allem eine auf beide Partner orientierte Zeitpolitik. Dabei handelt es sich um ein perspektivisches Ziel, dessen konkrete Umsetzung aufgrund des Beharrungsvermögens institutioneller Struktu-

5 Ob die deutsche Wiedervereinigung tatsächlich die Chance einer grundsätzlichen Umorientierung der Familienpolitik bot, kann hier nicht diskutiert werden. Festzustellen ist allerdings, dass in der DDR ein grundsätzlich anderer Weg der Verbindung von Familien- und Gleichstellungspolitik beschritten wurde, der in einigen Bereichen zu einem geringeren Ausmaß von Geschlechterungleichheit und zu moderneren, im Sinne von unabhängigeren privaten Lebensformen beigetragen hat (Rosenfeld et al. 2004).

ren, aber sicher auch aufgrund politischer Differenzen zur Notwendigkeit einer modernen gleichstellungsorientierten Familienpolitik einen längeren Zeitraum beanspruchen wird.

Welche Entwicklungen vollziehen sich nun auf der *Ebene der Realpolitik*? Seit Beginn des neuen Jahrtausends befindet sich Deutschland auf dem Weg zur Zwei-Erwerbstätigen-Familie. Damit ist ein Paradigmenwechsel in der westdeutschen, nicht jedoch in der ostdeutschen Familienpolitik verbunden, da die Neuorientierung eine familienpolitische Annäherung des Westens an den Osten impliziert (Ostner 2006: 167). Der Leitbildwechsel zur stärkeren Akzeptanz der berufstätigen Mutter und der vorsichtigen Förderung einer stärkeren Beteiligung der Väter an der Familienarbeit wird durch eine Reihe entsprechender Maßnahmen unterstützt. Dazu zählen das Teilzeit- und Befristungsgesetz, das Tagesbetreuungsausbaugesetz, die Neuregelungen zu Elternzeit und Elterngeld sowie der jüngst beschlossene Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur (Klenner 2007). Die alte feministische Forderung nach gleichen Erwerbschancen von Frauen kommt nun instrumentalisiert zum Zuge im Sinne einer Individualisierung der Existenzsicherung von Frauen als wirksamster Schutz vor ökonomischen Härten (Ostner 2006).

Allerdings wird häufig beklagt, dass der Paradigmenwechsel inkonsequent erfolgt (z.B. angesichts der Diskussion um die Einführung eines Betreuungsgeldes), dass eine tradierte innerfamiliale Arbeitsteilung weiterhin sozialpolitisch subventioniert wird und dass arbeitsmarkt- und familienpolitische Reformen gemeinsam keinem erkennbaren familialen Leitbild folgen (Kaufmann 2007; Klenner 2007). Damit werden inkohärente und widersprüchliche Anreizstrukturen auch in die Zukunft fortgeschrieben. Dies wird beispielsweise an der stärkeren Vereinbarkeitsförderung einerseits und arbeitsmarktpolitischen Reformen andererseits deutlich, welche die Förderung der Erwerbsbeteiligung von Müttern nur halbherzig unterstützen (BMFSFJ 2006).

Im Folgenden soll es nicht darum gehen einzuschätzen, welche Wirkungen die bislang absehbaren familienpolitischen Neuerungen haben oder voraussichtlich haben werden und welche Anreize zur Gestaltung von Geschlechterbeziehungen mit dieser Politik gesetzt werden (vgl. dazu BMFSFJ 2008; Henninger et al. 2008). Vielmehr möchte ich einen Schritt zurückgehen und zunächst zeigen, wie sich die Situation der Gleichstellung der Geschlechter im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung, die Arbeitszeiten, die Erwerbseinkommen, die Verteilung der nicht bezahlten Arbeit und bezogen auf die Verwirklichung von Kinderwünschen vor dem Hintergrund der bislang gegebenen Vereinbarkeitsbedingungen darstellt. Eine derartige Bestandsaufnahme halte ich für dringend erforderlich, um eine realistische und sozialstrukturell differenzierte Basis für die Beurteilung aktueller und künftiger Entwicklungen zu haben.

Der hier vorgestellte Vergleich sozialstruktureller Binnendifferenzierungen zur Geschlechtergerechtigkeit geht über die üblicherweise betrachteten Erwerbsdimensionen hinaus, da auch die innerfamiliale Arbeitsteilung und die Verwirklichung von Kinderwünschen einbezogen werden. Wann immer die verfügbaren empirischen Ergebnisse es zulassen, werden Unterschiede zwischen Bildungsgruppen und Unterschiede zwischen Eltern und kinderlosen Personen berücksichtigt.[6] Die Unterscheidung zwischen Eltern

6 Theoretisch wünschenswert wäre hier ein umfassenderer Ansatz, der alle Personen, die in irgendeiner Weise regelmäßig Fürsorgeverantwortung übernehmen, von denjenigen unterscheidet, die

und Kinderlosen orientiert sich an der Relevanz der Verbindung von Familien- und Erwerbsarbeit für die Reproduktion von Geschlechterungleichheit in beiden Lebensbereichen. Die Unterscheidung verschiedener Bildungsgruppen geht auf die Annahme zurück, dass gerade vor dem individuellen und partnerschaftlichen Bildungshintergrund die Opportunitätsstrukturen zur Verbindung von Familie und Beruf unterschiedlich reflektiert werden und davon unterschiedliche Anreize für die persönliche Lebensgestaltung ausgehen. Vor dem Hintergrund sozialstrukturell differenzierter Wirkungen der Vereinbarkeitsbedingungen eröffnen sich neue Perspektiven auf die Frage nach der Kompatibilität von Familien- und Gleichstellungspolitik.

3 Bestandsaufnahme der empirischen Befunde zur Geschlechtergerechtigkeit

Die nicht mehr vorhandene Übereinstimmung des modernisierten Ernährermodells mit den sozialstrukturellen Grundlagen, die es einstmals stabilisierten, hat in Deutschland, und insbesondere in Westdeutschland, zu bedeutsamen sozialstrukturellen Verwerfungen beigetragen. Diese äußern sich einerseits in einer deutlichen Polarisierung der Stellung im Erwerbssystem entlang den Dimensionen Geschlecht und Elternschaft für Angehörige unterschiedlicher Bildungsgruppen. Andererseits differenzieren sich die Möglichkeiten, den Wunsch eines Zusammenlebens mit Kindern zu realisieren, ebenfalls in Abhängigkeit der Bildung und des Geschlechts unterschiedlich aus. Beide Prozesse sind zwei Seiten einer Medaille, so meine These, die mit der folgenden Zusammenschau empirischer Befunde belegt werden soll.

3.1 Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeiten

Ein OECD-Vergleich zeigt, dass sich Deutschland – was die Erwerbsbeteiligung kinderloser Frauen betrifft – international gut behaupten kann. Es fällt jedoch erstaunlich weit im Ranking der Staaten zurück, wenn es um den Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Müttern geht. Das Vorhandensein von Kindern beeinträchtigt die Erwerbsarbeit von Müttern deutlich stärker als in anderen vergleichbaren Staaten (Rüling/Kassner 2007). Während es im Jahr 2004 in Deutschland keinen Unterschied in der aktiven Erwerbsbeteiligung kinderloser Frauen und Männer gab, existierte ein deutlicher Unterschied zwischen Müttern und Vätern.[7] Die starke Geschlechterdiskrepanz in der Erwerbsbeteiligung von Eltern betrifft vor allem Mütter und Väter in Westdeutschland, wo sich auch die Anzahl und das Alter der Kinder sehr viel stärker differenzierend auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern auswirken als in Ostdeutschland. Zurückgeführt wird die nach wie vor deutlich höhere Erwerbstätigkeit von Müttern gerade kleiner Kinder in den

dies nicht tun. Da es nur sehr wenige empirische Studien gibt, welche die Fürsorge für Ältere oder Kranke geschlechtsspezifisch untersuchen, konzentriert sich die vorliegende Darstellung auf das Kriterium der Elternschaft.

7 Zur Interpretation herangezogen wird hier der prozentuale Anteil der aktiv erwerbstätigen 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer ohne vorübergehend Beurlaubte an der Bevölkerung im gleichen Alter. Für Mütter betrug diese Erwerbstätigenquote 64 Prozent und für Väter 88 Prozent (BMFSFJ 2005).

neuen Bundesländern auf qua Sozialisation erworbene geringere Vorbehalte gegenüber der Erwerbsarbeit von Müttern und der außerhäuslichen Betreuung auch kleiner Kinder, auf eine deutlich besser ausgebaute Infrastruktur der Kinderbetreuung sowie auf eine stärkere ökonomische Notwendigkeit aufgrund der geringeren Erwerbseinkommen und der deutlich instabileren Erwerbspositionen der Väter. Dennoch bleibt anzumerken, dass von allen bislang betrachteten Gruppen lediglich Mütter in Westdeutschland in der zurückliegenden Dekade ihre Erwerbsbeteiligung merklich erhöht haben. Jedoch geht dieser Anstieg nahezu ausschließlich auf eine stärkere Beteiligung an regulärer Teilzeitarbeit und an geringfügiger Beschäftigung zurück (BMFSFJ 2005). Damit wird auch nachvollziehbar, dass sich die Schere zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der durchschnittlichen Arbeitszeiten in den letzten Jahren weiter geöffnet hat (Klenner 2007). Die sogenannte Arbeitszeitlücke bei Frauen, welche die Differenz zwischen der Anzahl der Beschäftigten und dem Arbeitsvolumen beschreibt, ist gerade in der familienintensiven Lebensphase besonders groß („Familiendip"), während bei Vätern ein Arbeitszeitüberhang feststellbar ist (Allmendinger et al. 2008: 21).

Tabelle 1: Umfang der Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern (15 bis 64 Jahre) im Jahr 2005 (Zeilenprozente)

	Vollzeitanteil	Teilzeitanteil	Nicht erwerbstätig (auch vorübergehend beurlaubt)
	Mütter		
Deutschland	19,9	39,7	40,4
Westdeutschland (ohne Berlin)	15,5	42,9	41,6
Ostdeutschland (einschließlich Berlin)	39,3	25,3	35,4
	Väter		
Deutschland	83,7	3,4	12,9
Westdeutschland (ohne Berlin)	85,3	3,2	11,5
Ostdeutschland (einschließlich Berlin)	75,9	4,6	19,5

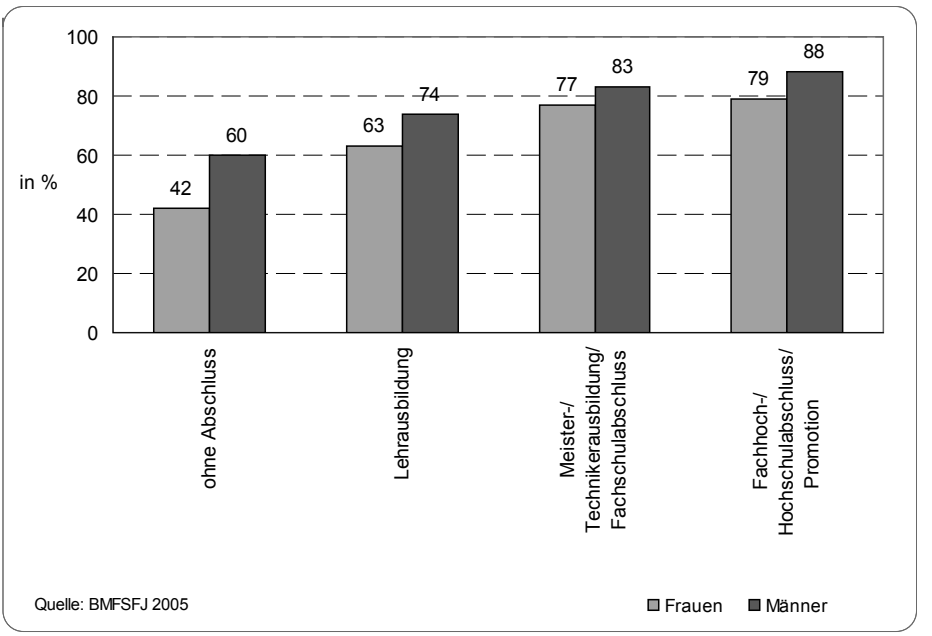
Quelle: Statistisches Bundesamt 2007a, eigene Berechnungen; Umfang der Erwerbsbeteiligung nach Selbsteinstufung im Mikrozensus.

Ein genauerer Blick auf den Umfang der Erwerbstätigkeit von Eltern zeigt, dass Teilzeitarbeit als Strategie der Verknüpfung von Familien- und Erwerbsarbeit nach wie vor eine Domäne von Müttern darstellt (vgl. Tabelle 1). Allerdings sind die Unterschiede im Voll- und Teilzeitanteil zwischen Müttern in beiden Teilen Deutschlands markant und treten noch deutlicher hervor, wenn Alter und Anzahl der Kinder berücksichtigt werden. Teilzeitarbeit bei Vätern und bei Müttern in den neuen Bundesländern ist partiell darauf zurückzuführen, dass keine Vollzeitstellen verfügbar sind. Der etwas höhere Teilzeit-

anteil von Vätern in Ostdeutschland gründet sich überwiegend nicht auf Freiwilligkeit, sondern ist gemeinsam mit der höheren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ein Anzeichen für die stärker vorangeschrittene Erosion der ökonomischen Position von Männern in Ostdeutschland (Trappe/Sørensen 2006).

Die hier besonders interessierende Unterscheidung der Erwerbsbeteiligung und –intensität nach Bildung und Geschlecht offenbart weitere interessante Differenzierungen.

Abbildung 1: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern (30-64 Jahre) nach dem höchsten berufsbildenden Abschluss im Jahr 2004



So zeigt sich, dass Frauen und Männer mit höheren beruflichen Abschlüssen zu deutlich höheren Anteilen erwerbstätig sind als diejenigen mit moderaten Qualifikationen oder ohne berufsbildenden Abschluss (vgl. Abbildung 1). Gerade am unteren Ende der Qualifikationsskala sind die Geschlechterunterschiede in der Erwerbsbeteiligung besonders groß. Als mögliche Ursache wird angenommen, dass Frauen mit geringen Qualifikationen noch stärker als Männer auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden und dass ein Teil dieser Frauen die Familienrolle vorzieht, weil vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Regelungen zur Unterstützung des Ernährermodells und ihrer erzielbaren Einkommen ein Verzicht auf Erwerbsarbeit vergleichsweise attraktiv ist. Auch ist bemerkenswert, dass lediglich Angehörige der höchsten Qualifikationsgruppen und hier insbesondere Frauen seit Beginn der 1990er-Jahre Beschäftigungsgewinne (vorrangig im Dienstleistungsbereich) realisieren konnten (BMFSFJ 2005).

Ausgehend von einer Langzeitanalyse der Bildungsungleichheit des Erwerbsverhaltens von Müttern in Westdeutschland lassen sich die dargestellten Tendenzen in ihrer

zeitlichen Dynamik noch einmal präzisieren (Kreyenfeld et al. 2007). Die Polarisierung der Vollzeiterwerbstätigkeit nach Bildung hat bei Müttern seit der Wiedervereinigung zugenommen, eine Tendenz, die gleichermaßen in Ostdeutschland gilt (Trappe/Sørensen 2006). Vollzeiterwerbstätigkeit und eine damit einhergehende ökonomische Eigenständigkeit ist in erster Linie zu einem Privileg von Müttern mit höherer Bildung geworden. Im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte ist in Westdeutschland ein zunehmend positiver Zusammenhang zwischen der Bildung und dem Erwerbsverhalten von Müttern zu verzeichnen. Hochschulabsolventinnen mit Kindern sind am häufigsten in Vollzeit erwerbstätig und bildungshomogame hochqualifizierte Paare praktizieren am häufigsten ein Doppelernährermodell der Familie. Insgesamt hat dieses Modell in Westdeutschland jedoch nicht an Bedeutung gewonnen und in Ostdeutschland deutlich an Verbreitung eingebüßt, was mit dem abnehmenden Erwerbsarbeitsvolumen von Müttern mit geringer Bildung zusammenhängt. Gründe dafür sind die strukturelle Nichtvereinbarkeit von Beruf und Familie, der schrittweise Ausbau von Anreizen zur Unterbrechung des Erwerbsverlaufs und die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation, insbesondere für Geringqualifizierte (Kreyenfeld et al. 2007).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in Deutschland bis in die jüngste Gegenwart Frauen in geringerem Umfang als Männer am Erwerbsleben partizipieren. Dies gilt in besonderem Maße für Mütter. Hinter diesem allgemeinen Tatbestand verbergen sich jedoch bedeutsame sozialstrukturelle Differenzierungen, denn es sind gerade Frauen und Mütter mit niedriger und mittlerer Bildung, die in deutlich geringerem Ausmaß als andere Frauen und als Männer erwerbstätig sind. Die in Deutschland existierenden Rahmenbedingungen zur Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit haben zu einer Verstärkung dieser Polarisierung im Zeitverlauf beigetragen.

3.2 Erwerbseinkommen

Im europäischen Vergleich gilt Deutschland als eines der Länder mit einem besonders ausgeprägten Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern (BMFSFJ 2005). Das Einkommen von Frauen liegt bei gleicher Arbeitszeit mindestens 20 Prozentpunkte unter dem von Männern. Die Einkommensrelationen Vollzeit beschäftigter Frauen und Männern stellte sich im Jahr 2002 in Ostdeutschland wesentlich günstiger als in Westdeutschland dar (92 Prozent verglichen mit 76 Prozent).[8] Als Ursachen des deutlich geringeren geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiedes in Ostdeutschland werden stabilere Erwerbsbiographien, ein geringerer Teilzeitanteil im Lebenslauf, der überproportionale Anteil von Beschäftigten, insbesondere Frauen im Öffentlichen Dienst sowie eine stärkere Selektion der erwerbstätigen Frauen nach Qualifikation angeführt. Das Selektionsargument bezieht sich darauf, dass gerade niedrig qualifizierte Frauen in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre zu großen Teilen und dauerhaft aus dem Erwerbsbereich ausgeschlossen wurden, so dass die erwerbstätigen Frauen auch aus diesem Grund über ein deutlich höheres Qualifikationsniveau verfügen als Frauen in Westdeutschland. Daraus resultierte in Ostdeutschland eine deutliche und für viele so nicht erwartete Annä-

8 Diese Angaben beziehen sich auf Analysen auf Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe und des Beschäftigtenpanels der Bundesagentur für Arbeit (BMFSFJ 2005). Vergleichbare Ergebnisse zeigen sich jedoch auch auf Basis neuerer Daten des Statistischen Bundesamtes, der Verdienststrukturerhebung 2006 (Droßard 2008).

herung der Einkommen erwerbstätiger Frauen und Männer (Hunt 2002). Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich die erwartbaren Unterschiede im Einkommen von Frauen und Männern verschiedener Qualifikationsgruppen vor allem in Westdeutschland zeigen: Hier ist die Einkommenskluft vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer bei Hochqualifizierten deutlich geringer als bei Geringqualifizierten, und diese Tendenz hat sich im Zeitverlauf verstärkt (BMFSFJ 2005).

Elternschaft wird gemeinhin als wichtiger Indikator betrachtet, um die Persistenz der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu verstehen. Erwerbsunterbrechungen sowie die Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit als weit verbreitete Strategien der Abstimmung von Familien- und Erwerbsarbeit tragen zu einem Einkommensnachteil von Müttern gegenüber kinderlosen Frauen bei. Der Einkommensbonus von Vätern gegenüber kinderlosen Männern wird mitunter als Selektionseffekt von Männern mit hohem Einkommenspotenzial in Ehe und Elternschaft interpretiert (Barg/Beblo 2007), aber auch als Effekt einer positiven Wahrnehmung von Vätern als besonders verlässlichen Arbeitskräften seitens der Arbeitgeber (und damit entgegengesetzt der noch immer verbreiteten statistischen Diskriminierung von Frauen).

Innerhalb der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung wurde darüber hinaus ermittelt, dass Einkommenseinbußen bei Müttern infolge von erziehungsbedingten Erwerbseinbußen in den Ländern besonders hoch sind, in denen Erziehungszeiten sehr lange gewährt werden, wie bislang auch in Deutschland (Gornick/Meyers 2003).[9] Hier liegt zumindest die Schlussfolgerung nahe, dass gerade Frauen mit geringer Qualifikation von den sozialpolitisch unterstützten Angeboten zur Verbindung von Familie und Beruf deutlich stärker Gebrauch machen als Frauen mit höherer Qualifikation und dass sich der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied dadurch verstärkt. Aufschlussreich ist, dass auch in der Gegenwart in Westdeutschland eine Vaterschaft für Männer immer noch die Wahrscheinlichkeit von beruflicher Aufwärtsmobilität (gemessen am Einkommen) erhöht. Dabei handelt es sich vor allem um innerbetriebliche Einkommenssteigerungen und nicht um gezielte Wechsel der Tätigkeit oder des Betriebes. Als Ursachen kommen sowohl verbesserte Aufstiegschancen als auch ein verstärkter Druck, das Familieneinkommen zu erhöhen, in Betracht. Insbesondere gut qualifizierte Väter verzeichnen überproportional hohe Einkommensanstiege und damit verstärken sich ihre Vorteile im Privatbereich und in der Erwerbsarbeit (Pollmann-Schult/Diewald 2007). Ganz ähnlich wie beim Einkommen und als davon nicht unabhängige Tendenz zeigt sich auch beim Zugang zu Führungspositionen: Väter üben derartige Positionen häufiger als kinderlose Männer aus, während Mütter dies deutlich seltener als kinderlose Frauen tun (BMFSFJ 2005).

Insgesamt sind Frauen gegenüber Männern bezüglich ihrer Erwerbseinkommen weiterhin im Nachteil, ein Nachteil, der sich mit der Familiengründung deutlich manifestiert. Die geschlechtsspezifische Einkommenskluft ist gerade bei Personen mit geringer und mittlerer Qualifikation besonders ausgeprägt und hat sich im Zeitverlauf bei den Hochqualifizierten am deutlichsten verringert. Dies bedeutet auch, dass sich bei ressourcenreichen Paaren mit Kindern die Möglichkeiten einer eigenständigen Exi-

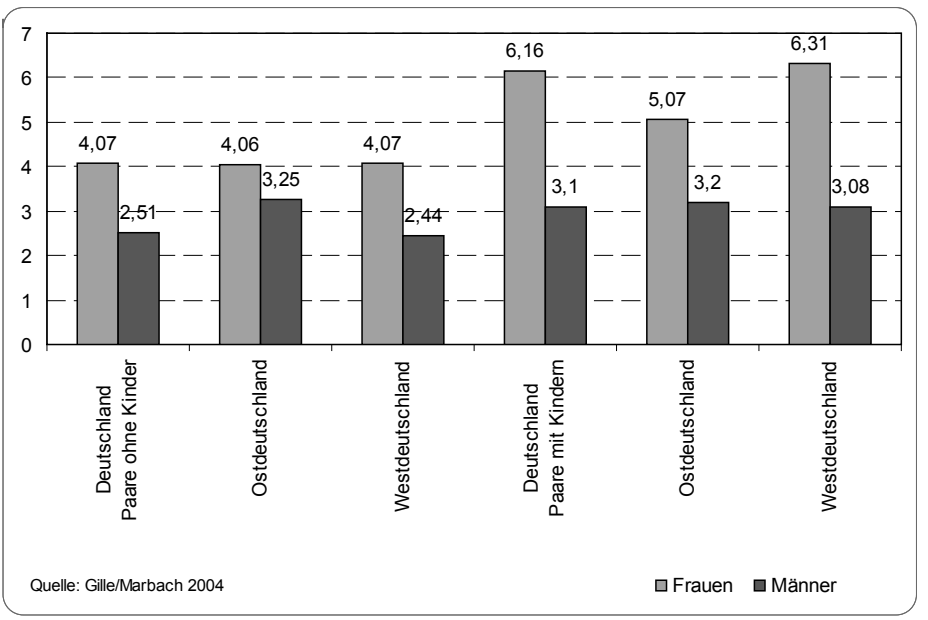
9 Auch daraus resultiert die zwiespältige Beurteilung der seit 1986 mehrfach verlängerten Erziehungszeiten in Westdeutschland im Hinblick auf die kurz- und langfristigen Folgen für die Erwerbsverläufe von Frauen (Ziefle 2004).

stenzsicherung von Frauen und Männern verbessert haben, während für den Großteil der Eltern in Deutschland eher eine zunehmende ökonomische Abhängigkeit innerhalb der Partnerschaft bzw. vom Staat kennzeichnend ist.

3.3 Die Aufteilung unbezahlter Arbeit

Nach den Angaben der in den Jahren 2001/02 durchgeführten Zeitbudgeterhebung verrichteten Frauen im Durchschnitt in der Woche 31 Stunden unbezahlte Arbeit und Männer 19,5 Stunden (Gille/Marbach 2004). Bezogen auf Paarhaushalte leisten Eltern mehr unbezahlte Arbeit als Kinderlose. Dies gilt auch für Väter, die sich durchschnittlich sowohl beruflich als auch im Haushalt stärker engagieren als kinderlose Partner. Insgesamt zeigt sich eine etwas ausgeglichenere Arbeitsteilung in den neuen Bundesländern bei insgesamt höherer Gesamtarbeitszeit als in den alten Bundesländern. Am wenigsten traditionell ist die innerfamiliale Arbeitsteilung, wenn beide Partner erwerbstätig sind (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Unbezahlte Arbeit bei erwerbstätigen Paaren unter 60 Jahren im Jahr 2001/02 (in Stunden und Minuten je Tag)



Noch unterscheiden sich nicht nur die Erwerbsmuster der Frauen in beiden Teilen Deutschlands, sondern auch deren Zeiteinsatz für Hausarbeit. Als Mütter leisten Frauen in Westdeutschland wesentlich mehr Haus- und Familienarbeit. Insgesamt zeichnet sich eine Gesamttendenz zu einer etwas stärker egalitären innerfamilialen Arbeitsteilung in den letzten zehn Jahren ab: Frauen verringerten ihren Anteil an unbezahlter Arbeit (um knapp 10 Prozent seit Beginn der 1990er-Jahre) und Männer erhöhten diesen leicht.

Die Rolle der Bildung hinsichtlich der Aufteilung der unbezahlten Arbeit in Paarhaushalten ist bislang kaum systematisch untersucht worden und ist innerhalb der Literatur gerade für Männer umstritten. Bisherige Ergebnisse deuten darauf hin, dass mit steigendem Bildungsniveau eine zunehmende Egalisierung der innerfamilialen Arbeitsteilung bezogen auf Routinehausarbeiten zu verzeichnen ist, dass sich jedoch hinsichtlich der Aufteilung von Elternaufgaben kaum systematische Bildungsunterschiede zeigen (Zippel 2008).

Insgesamt stellt die ungleiche Verteilung der Haus- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern noch immer ein wesentliches Hindernis für eine Gleichstellung von Frauen im Erwerbssystem dar, denn beide Bereiche sind im individuellen Lebenslauf aufeinander abzustimmen. Strukturelle Vereinbarkeitsprobleme können auf der individuellen Handlungsebene zu schwierigen Entscheidungssituationen führen. Der wiederholt nachgewiesene, mit der Familiengründung einhergehende Traditionalisierungsschub der innerfamilialen Arbeitsteilung vollzieht sich in allen Bildungsgruppen (BMFSFJ 2006). Offensichtlich gelingt es jedoch Paaren aus höheren Bildungsgruppen, beispielsweise durch die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, am ehesten, die mit Haus- und Familienarbeit verbrachte Zeit zu reduzieren.

3.4 Die Verwirklichung von Kinderwünschen

Auf Basis eigener deskriptiver Analysen möchte ich abschließend auch die Möglichkeiten der Verwirklichung von Kinderwünschen sozialstrukturell differenziert betrachten. Die Darstellung dieses Aspekts der Lebensführung ist gerade deshalb wichtig, um zumindest im Ansatz auch Hinweise auf sozialstrukturelle Polarisierungen der Familienbildung zu erhalten. Die dargestellten Ergebnisse wurden auf Basis des im Jahr 2005 erhobenen „Generations and Gender Survey“ ermittelt.[10]

Tabelle 2: Kinderwunsch und Kinderzahl bei Frauen und Männern im Jahr 2005

	Frauen	Männer	Hohe berufliche Bildung		Mittlere berufliche Bildung	
			Frauen	Männer	Frauen	Männer
Alter	Kinderwunsch					
18-29	1,66	1,10	1,99	1,29	1,60	1,10
30-39	1,75	1,39	1,67	1,52	1,76	1,29
40-49	1,80	1,55	1,59	1,73	1,84	1,50
	Kinderlosigkeit (in %)					
40-49	13	26	18	23	12	26
	Durchschnittliche Kinderzahl					
40-49	1,78	1,49	1,56	1,63	1,82	1,44

Quelle: Generations and Gender Survey 2005, eigene Berechnungen (gewichtete Ergebnisse).

10 In dieser Befragung wurden Frauen und Männer nicht danach gefragt, wie viele Kinder sie sich insgesamt wünschen, sondern sie wurden vor dem Hintergrund ihrer derzeitigen biografischen Situation danach gefragt, ob sie sich Kinder wünschen und wie viele (weitere) Kinder sie sich noch wünschen. Dies impliziert, dass bereits vorhandene Kinder immer auch als gewünschte Kinder betrachtet werden. Insofern sind die Angaben zur absoluten Höhe des Kinderwunsches ganz sicher nicht mit denen anderer Erhebungen vergleichbar.

Auffallend ist, dass Frauen in allen Altersgruppen einen stärker ausgeprägten Wunsch nach Kindern haben als Männer (vgl. Tabelle 2). Auch der Anteil der Kinderlosigkeit bei den über 40-Jährigen ist bei Männern deutlich höher als bei Frauen, ein Ergebnis, das mit Befunden anderer Studien übereinstimmt (Schmitt/Winkelmann 2005). Infolgedessen ist die durchschnittliche Kinderzahl bei Männern in diesem Alter deutlich niedriger als bei Frauen.[11] Besonders hoch ist der Anteil der Kinderlosigkeit unter den Männern mit mittlerer beruflicher Bildung und auch ihre durchschnittliche Kinderzahl ist sehr gering. Möglicherweise gehören sie teilweise zu den Verlierern auf dem Partnermarkt, denen es immer weniger gelingt, eine Familienbildung auch ökonomisch abzusichern.

Interessant ist nun, dass in allen betrachteten Bildungsgruppen der Kinderwunsch bei jüngeren Menschen geringer ausfällt als bei älteren Befragten. Dies erklärt sich vor allem daraus, dass in der Untersuchung danach gefragt wurde, wie viele Kinder zusätzlich zu den bereits vorhandenen Kindern gewünscht werden (vgl. Anmerkung 10). Die Tendenz des mit zunehmendem Alter steigenden Kinderwunsches gilt für alle Befragten mit Ausnahme der Frauen mit hoher beruflicher Bildung (Fachhochschul- oder Hochschulabschluss). Bei ihnen fällt der Kinderwunsch mit jeder der betrachteten Altersstufen geringer aus. Da die zugrundeliegenden Daten keine Längsschnittdaten sind, ist es unzulässig diesen Befund als Lebenslaufeffekt in dem Sinne zu interpretieren, dass hoch qualifizierte Frauen ihren Kinderwunsch im Verlauf ihres Lebens der Realität anpassen, denn es ist nicht bekannt, ob der Kinderwunsch der heute über 40-Jährigen in ihrer Jugend so ausgeprägt war wie bei den heute sehr jungen Frauen mit hoher Qualifikation. Dennoch deutet der geringe Kinderwunsch der älteren hoch qualifizierten Frauen vor dem Hintergrund ihrer gleichfalls vergleichsweise geringen durchschnittlichen Kinderzahl darauf hin, dass gerade diese Frauen ihren Wunsch nach Kindern in geringerem Maße realisieren konnten als Frauen anderer Bildungsgruppen. Mögliche Ursachen für eine solche Entwicklung sind vielfältig und sicher nicht ausschließlich, jedoch auch, in unzureichenden Vereinbarkeitsbedingungen zu suchen, denn gerade Akademikerinnen in Westdeutschland beklagen ein Vereinbarkeitsproblem zwischen Kindern und beruflichen sowie sonstigen Interessen (BZgA 2005). Andere Untersuchungen weisen darüber hinaus gerade in den alten Bundesländern substanzielle bildungsgruppenspezifische Unterschiede im Alter bei der ersten Geburt nach bzw. zeigen einen mit dem Bildungsniveau steigenden Anteil der Kinderlosigkeit, Zusammenhänge, die bislang in den neuen Bundesländern nur in deutlich abgemilderter Form existierten (Kreyenfeld 2007; Statistisches Bundesamt 2007b).

Die nicht abschließend interpretierbaren sozialstrukturellen Unterschiede in den Kinderwünschen signalisieren weiteren Forschungsbedarf. Dieser besteht vor allem in der konsequenten Verortung dieses Konzepts im Lebensverlauf. Bislang vorliegende Untersuchungsergebnisse erlauben keinen klaren Schluss bezüglich der zeitlichen Stabilität des Wunsches nach Kindern im individuellen Leben, legen aber nahe, dass es flexible und hartnäckige Anpassungsstrategien des Kinderwunsches an wechselnde Lebensumstände gibt (Schröder 2007). Erst eine lebensverlaufsbezogene Kinderwunschforschung wird Aussagen darüber ermöglichen, wie sich generative Entscheidungen

11 Bei diesem Vergleich ist zu beachten, dass Männer den Übergang zur Elternschaft im Durchschnitt einige Jahre später vollziehen als Frauen und dass ihre jeweiligen Partnerinnen daher im Mittel etwas jünger sind.

tatsächlich vollziehen und welche Relevanz dabei sich verändernden Vereinbarkeits- und Lebensbedingungen zukommt. Dann wird auch klar, ob gerade Frauen mit hoher Bildung ihren Wunsch nach einem Leben mit Kindern mit zunehmendem Alter in Anpassung an die realen Lebensumstände relativieren und welche Bedeutung dabei beispielsweise beruflichen und partnerschaftlichen Bedingungen zukommt.

4 Fazit zum Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik

In ihrer Gesamtheit unterstreichen die dargestellten empirischen Befunde zur Geschlechtergerechtigkeit im Erwerbs- und Familienbereich eindrucksvoll, welche sozialstrukturell unterschiedlichen Auswirkungen mit den für Deutschland charakteristischen Rahmenbedingungen zur Verknüpfung beider Lebensbereiche verbunden sind. Dabei handelt es sich nicht allein um eine Reproduktion bestehender sozialstruktureller Differenzierungen, sondern in weiten Teilen tatsächlich um eine Polarisierung, verstanden als eine im Zeitverlauf zunehmende Auseinanderentwicklung der Vereinbarkeitsbedingungen und der Handlungsstrategien.

Insbesondere hoch qualifizierten Frauen gelingt es, gemessen an ihrer Erwerbsbeteiligung und den von ihnen realisierten Einkommen, vergleichsweise gut, sich im Erwerbssystem zu behaupten. Dies ist allerdings häufig an die Voraussetzung gebunden, ein von umfassenden Fürsorgeaufgaben freies Leben zu führen. Entscheiden sie sich beispielsweise zur Gründung einer Familie, und dies möglicherweise mit einem ebenfalls hoch qualifizierten Partner, gelingt die Vereinbarkeit häufig nur mit Abstrichen im beruflichen Bereich, die noch immer überwiegend zulasten der Frauen gehen (Henninger et al. 2007).

Vor dem Hintergrund der unzulänglichen strukturellen Möglichkeiten zur Vereinbarkeit beider Lebensbereiche haben sich die Erwerbschancen von Frauen, stärker noch als die von Männern, entlang der Bildungshierarchie polarisiert. Insbesondere Frauen und Mütter mit geringer und mittlerer Bildung, die sich häufig an den sozialpolitisch unterstützten Vereinbarkeitsstrategien mit vergleichsweise langen Erwerbsunterbrechungen und ausgedehnten Teilzeitphasen orientiert haben, zählen aus gleichstellungspolitischer Perspektive zu den Verliererinnen im Erwerbssystem. Gleiches gilt im Hinblick auf die Verteilung der Reproduktionsarbeit. Insofern ist die im Zusammenhang mit der Neujustierung der Familienbildung geäußerte Befürchtung einer „exklusiven Emanzipation" für hoch qualifizierte Frauen (Henninger et al. 2008) im Erwerbsbereich längst Realität.

Unmittelbar einhergehend mit der zunehmenden qualifikatorischen Aufspaltung der Erwerbschancen von Frauen hat sich quasi mit umgekehrtem Vorzeichen die sozialstrukturelle Differenzierung der Familienbildung verstärkt. Insbesondere Frauen, die viel Zeit und Energie in ihre Bildung investiert haben, tendieren stärker als andere dazu, Kinder spät zu bekommen oder auf eigene Kinder zu verzichten, auch wenn dies nicht ihren ursprünglichen Intentionen entspricht. Mit der so verstandenen doppelten Polarisierung verstärken sich Ungleichheiten nach Geschlecht und Bildung innerhalb der Familie und im Erwerbsbereich. Diese offenbaren auch familien- und gleichstellungspolitische Versäumnisse der Vergangenheit.

Ausgehend davon sollten sich die Akteurinnen und Akteure beider Politikfelder im Bereich ihrer gemeinsamen Schnittmenge, der konkreten Ausgestaltung der Bedingungen zur Verbindung von Familien- und Erwerbsarbeit, stärker als bisher aufeinander zubewegen. Familien- und Gleichstellungspolitik sind durchaus kompatibel, auch wenn beide Politikfelder nicht ineinander aufgehen. Ein stärkeres Ineinandergreifen familien- und gleichstellungspolitischer Bestrebungen könnte einen aktiven Beitrag dazu leisten, um die sozialstrukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern im Erwerbsbereich und die sozialstrukturellen Differenzierungen der Familienbildung zu verringern.

Eine moderne Familienpolitik ist eine wesentliche, jedoch nicht die einzige Voraussetzung für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsbereich und in der Familie. Das Ausmaß der Modernität würde sich daran messen lassen, dass das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter systematisch verfolgt und die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern als Teil des Vereinbarkeitsproblems reflektiert wird. Von einem Abbau der Anreize für die modernisierte Versorgerehe würden längerfristig vor allem Frauen mit geringer und mittlerer Bildung sowie deren Partner profitieren, allerdings nur, wenn die stärkere individuelle Existenzsicherung dieser Frauen auch durch entsprechende infrastrukturelle Unterstützungs- und Dienstleistungsangebote abgesichert wird.

Gleichstellungspolitik sollte stärker als bislang akzentuieren, dass insbesondere Mütter auf dem Arbeitsmarkt und bezüglich der Arbeitsteilung im Haushalt benachteiligt sind und dass sich diese Benachteiligung zu einem beträchtlichen Teil auf traditionell gerahmte Geschlechterverhältnisse gründet. Diese haben jedoch nicht nur Auswirkungen auf den Erwerbsbereich, sondern ebenso auf das Familienleben und zunehmend auch auf die Realisierung von Kinderwünschen (insbesondere bei hoch qualifizierten Frauen). In diesem Sinne sollten gleichstellungspolitische Forderungen in der Diskussion um den demografischen Wandel deutlicher als bisher artikuliert werden. Gleichermaßen bedeutsam erscheint mir in diesem Kontext, die Übernahme von Fürsorgeverantwortung für andere, einschließlich eines Lebens mit Kindern, als soziales Recht für alle wirksam zu vertreten.

Literaturverzeichnis

Allmendinger, Jutta, Leuze, Kathrin & Blanck, Jonna M. (2008). 50 Jahre Geschlechtergerechtigkeit und Arbeitsmarkt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte Heft* 24-25, 18-25

Baer, Susanne & Lepperhoff, Julia. (2007). Gleichberechtigte Familien? Eine Einführung. In: Susanne Baer & Julia Lepperhoff (Hrsg.), *Gleichberechtigte Familien? Wissenschaftliche Diagnosen und politische Perspektiven* (S. 7-17). Bielefeld: Kleine Verlag

Balter, Michael. (2006). The Baby Deficit. In: *Science* 312, 1894-1897

Barg, Katherin & Beblo, Miriam. (2007). The Male Marital Wage Premium in Germany: Selection versus Specialization. In: *Schmollers Jahrbuch* 127 (1), 59-73

Berghahn, Sabine. (1996). Die Verrechtlichung des Privaten – allgemeines Verhängnis oder Chance für bessere Geschlechterverhältnisse? In: *Leviathan* 24 (2), 241-271

Bertram, Hans. (2007). Die vergessene Moderne: Familie heute. In: Susanne Baer & Julia Lepperhoff (Hrsg.), *Gleichberechtigte Familien? Wissenschaftliche Diagnosen und politische Perspektiven* (S. 18-43). Bielefeld: Kleine Verlag

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2005). *Gender Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland*. Zugriff unter: www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2006). *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht*. Zugriff unter www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/siebter-familienbericht,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2008). *Elterngeldbericht*. Zugriff unter: www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Redaktion BMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/elterngeldbericht-2008,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). (2005). *Kinderwunsch und Familiengründung bei Frauen und Männern mit Hochschulabschluss*. Zugriff unter www.bzga.de/?uid=e7f3a6e53a05fd48af40c93c89c2768b&id=medien&sid=88&idx=1273

Drobard, Ralf. (2008). *Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern*. STATmagazin. Zugriff unter www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/STATmagazin/2008/Verdienste2008__8,templateId=renderPrint.psml__nnn=true

Gille, Martina & Marbach, Jan. (2004). Arbeitsteilung von Paaren und ihre Belastung mit Zeitstress. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Alltag in Deutschland: Analysen zur Zeitverwendung*. Forum der Bundesstatistik, Band 43 (S. 86-113). Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

Gornick, Janet C. & Meyers, Marcia K. (2003). *Families That Work: Policies for Reconciling Parenthood and Employment.* New York: Russell Sage

Henninger, Annette, Wimbauer, Christine & Spura, Anke. (2007). Zeit ist mehr als Geld – Vereinbarkeit von Kind und Karriere bei Doppelkarriere-Paaren. In: *Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien* 25 (3+4), 69-84

Henninger, Annette, Wimbauer, Christine & Dombrowski, Rosine. (2008). Demography as a Push toward Gender Equality? Current Reforms of German Family Policy. In: *Social Politics* 15 (3), 287-314

Hondrich, Karl O. (2007). *Weniger sind mehr: Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist.* Frankfurt am Main, New York: Campus

Huinink, Johannes. (2003). Die hervorragende Zukunft der Familienpolitik. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 15 (3), 294-298

Hunt, Jennifer. (2002). The Transition in East Germany: When is a Ten-Point Fall in the Gender Wage Gap Bad News? In: *Journal of Labor Economics* 20 (1), 148-169

Kahlert, Heike. (2006). Emanzipation in der schrumpfenden Gesellschaft: Der Geburtenrückgang im Fokus der aktuellen Debatten über den demographischen Wandel im deutschen Wohlfahrtsstaat. In: *Berliner Debatte Initial* 17 (3), 9-23

Kaufmann, Franz-Xaver. (2007). Warum Politik für Familien? In: *Zeitschrift für Soziologie* 36 (5), 380-384

Klenner, Christina. (2007). Gleichstellungspolitik vor alten und neuen Herausforderungen – Welchen Beitrag leistet die Familienpolitik? In: *WSI Mitteilungen* 60 (10), 523-530

Kreisky, Eva, Rosenberger, Sieglinde & Grabner, Petra. (2003). Editorial. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32 (4), 371-373

Kreyenfeld, Michaela. (2007). Bildungsspezifische Unterschiede im Geburtenverhalten in Ost- und Westdeutschland. In: Eva Barlösius & Daniela Schiek (Hrsg.), *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands* (S. 83-112). Wiesbaden: VS Verlag

Kreyenfeld, Michaela, Konietzka, Dirk & Böhm, Sebastian. (2007). Die Bildungsungleichheit des Erwerbsverhaltens von Frauen mit Kindern: Westdeutschland im Vergleich zwischen 1976 und 2004. In: *Zeitschrift für Soziologie* 36 (6), 434-452

Krüger, Helga. (2003). Familienleben – mit Weitblick? Institutionenlogiken und staatliche Interventionspolitik. In: Jutta Allmendinger (Hrsg.), *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Teil 2* (S. 836-851). Opladen: Leske + Budrich

Krüger, Helga. (2006a). Kulturelle Ungleichheit, Institutionen des Lebensverlaufs und die Zukunft der Geschlechterdifferenz. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Teil 1* (S. 144-158). Frankfurt am Main, New York: Campus,

Krüger, Helga. (2006b). Geschlechterrollen im Wandel – Modernisierung der Familienpolitik. In: Hans Bertram, Helga Krüger & Katharina C. Spieß (Hrsg.), *Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung* (S. 191-206). Opladen: Verlag Barbara Budrich

Ostner, Ilona. (2006). Paradigmenwechsel in der (west)deutschen Familienpolitik. In: Peter A. Berger & Heike Kahlert (Hrsg.), *Der demographische Wandel: Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse* (S. 165-199). Frankfurt am Main, New York: Campus

Pollmann-Schult, Matthias & Diewald, Martin. (2007). Auswirkungen der Familiengründung auf den Berufsverlauf von Männern. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (39), 440-458

Rosenfeld, Rachel A, Trappe, Heike & Gornick, Janet C. (2004). Gender and Work in Germany: Before and After Reunification. In: *Annual Review of Sociology* 30, 103-124

Rüling, Anneli & Kassner, Karsten (2007). *Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich*. (Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft). Berlin. Zugriff unter: http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf

Schmitt, Christian & Winkelmann, Ulrike. (2005). Wer bleibt kinderlos? Was sozialstrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten. In: *Feministische Studien* 23 (1), 9-23

Schröder, Torsten. (2007). Geplante Kinderlosigkeit? Ein lebensverlaufstheoretisches Entscheidungsmodell. In: Dirk Konietzka & Michaela Kreyenfeld (Hrsg.), *Ein Leben ohne Kinder: Kinderlosigkeit in Deutschland* (S. 365-399). Wiesbaden: VS Verlag

Schwarz, Karl. (2007). Zur Problematik von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit als Mittel zur Förderung des Kinderwunsches. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 32 (1-2), 35-50

Statistisches Bundesamt. (2007a). *Leben und Arbeiten in Deutschland. (Sonderheft 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2005)*. Zugriff unter: www.beruf-und-familie.de/files/dldata//7517c976fc62ef7 13cf059c8b73f72a0/destatis_LebenArbeiten_mikrozsonderheft205.pdf

Statistisches Bundesamt. (2007b). *Geburten in Deutschland*. Zugriff unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/BroschuereGeburtenDeutschland,property=file.pdf

Trappe, Heike & Sørensen, Annemette. (2006). Economic Relations between Women and Their Partners: An East and West German Comparison after Reunification. In: *Feminist Economics* 12 (4), 643-665

Trzcinski, Eileen. (2000). Family Policy in Germany: A Feminist Dilemma? In: *Feminist Economics* 6 (1), 21-44

Ziefle, Andrea. (2004). Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (2), 213-231

Zippel, Janin. (2008). Arbeit im Haushalt: Verteilung im partnerschaftlichen Kontext in Abhängigkeit vom Bildungsniveau. (Unveröffentlichte Magisterarbeit). Universität Rostock

Zur Person

Heike Trappe, Prof. Dr., Universitätsprofessorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Familiendemographie, Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Arbeitsschwerpunkte: Lebensverlaufs-, Familien- und Arbeitsmarktforschung.
Kontakt: Universität Rostock, Institut für Soziologie und Demographie, Ulmenstr. 69, 18057 Rostock. E-Mail: heike.trappe@uni-rostock.de